

## Sterbehilfe Pflegeverbände für mehr Aufklärung

**Nach der Sterbehilfe für eine Rentnerin durch den ehemaligen Hamburger Justizsenator Roger Kusch haben sich Pflegeverbände für mehr Aufklärung und den Ausbau der Palliativversorgung ausgesprochen. Der Wunsch nach aktiver Sterbehilfe sei ein „Alarmsignal“ an die Gesellschaft.**

➤ Medienberichten zufolge hatte die 79-jährige Rentnerin aus Würzburg in Gegenwart von Kusch, der Vorsitzender des Vereins „Dr. Kusch Sterbehilfe“ ist, zwei Becher Gift getrunken und war anschließend gestorben. Kusch setzt sich seit Jahren für die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe ein. Vor ihrer Selbsttötung hatte die Rentnerin erklärt, sie wolle nicht in ein Pflegeheim ziehen, da ein solcher Schritt nicht ihren Vorstellungen von einem selbstbestimmten Leben entspreche. Kusch hatte die Aussagen der gelernten Krankenschwester, die an keiner ernsthaften Erkrankung litt, aufgezeichnet.

Der Fall sorgte bundesweit für Aufsehen. Auch Pflegeverbände meldeten sich zu Wort. „Wir beobachten die jüngsten Entwicklungen zur aktiven Sterbehilfe mit großer Sorge“, erklärte Gudrun Gille, Bundesvorsitzende des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe (DBfK). Besonders erschreckend im aktuellen Fall sei, so Gille weiter, dass die Angst vor der Betreuung in einem Pflegeheim der Auslöser für den Selbstsuizid gewesen sein soll. „Hier hat eine einseitige Berichterstattung über Skandale und fehlende Information darüber, wie man ein gutes Pflegeheim erkennt oder welche Alternativen es gibt, die Zukunft als unerträglich dargestellt.“

Der Geschäftsführer des Deutschen Pflegeverbandes (DPV), Rolf Höfert, erklärte: „Seit mehr als 25 Jahren wird die Republik durch spektakuläre Sterbehilfeaktionen aufgerüttelt. Leider ist es weder gesellschaftlich noch politisch gelungen, klare rechtliche Rahmenbedingungen per Gesetz zu schaffen.“ Die Debatte über ein würdevolles Altwerden und die Frage, was die Versorgung alter, pflege- und hilfebedürftiger Menschen der Gesellschaft wert ist, dürfe nicht nur in Wahlkampfzeiten geführt werden. Das Thema habe eine „Debatte zu jeder Zeit“ verdient. „Positiv vermittelt werden müssen dabei die verschiedenen Möglichkeiten einer personenorientierten Sterbebegleitung in Hospizen, palliativmedizinischen Einrichtungen, Pflegeheimen sowie durch ambulante Pflegedienste und nicht die Rezeptur zwischen Zyankali und Kalium Chlorid.“

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) sagte, der richtige Weg liege darin, sterbenden Menschen Hilfsangebote zu machen. „Das ist zugleich ein wesentlicher Beitrag dazu, den Diskussionen um aktive Sterbehilfe, die wir strikt ablehnen, den Nährboden zu entziehen.“ ■

■ Weitere Informationen  
[www.deutscher-pflegerat.de](http://www.deutscher-pflegerat.de)

## Editorial



## Berufsethos in Gefahr

Die Hebammen sind wütend über die Zustände in vielen Kreißsälen, denn dort herrscht mittlerweile ein echter Betreuungsnotstand. Über 130 Geburten pro Jahr hat eine angestellte Hebamme heute zu bewältigen. Dieser schlechte Betreuungsschlüssel führt dazu, dass sich Interventionen häufen. Nur noch 7% aller Gebärenden können darauf hoffen, von Wehentropf, Periduralanästhesie oder gar Kaiserschnitt verschont zu bleiben. Unser Berufsethos ist dadurch in Gefahr. Hebammen sehen sich als Begleiterinnen von Frauen in den unterschiedlichsten Phasen der Schwangerschaft und Geburt. Sie wollen Frauen darin bestärken, ihr Kind selbstbestimmt und aus eigener Kraft zu gebären. Hebammen leisten seit Jahrhunderten Geburtshilfe und geraten heute zunehmend in Konflikt mit einem Gesundheitssystem, das die Geburt nur noch als Fallpauschale bewertet. Die Geburt ist – wie das Sterben – eine Ausnahmesituation im Klinikbetrieb. Es ist höchste Zeit, dass wir die Hilfe zur Geburt aus dem Umfeld des „Kranken“ befreien und eine ausreichende Betreuung für gebärende Frauen sicherstellen. Wir wollen, dass Frauen künftig in Ruhe und Sicherheit gebären können. Von einem gelungenen Start ins Leben profitieren alle: die Kinder, die Eltern und nicht zuletzt auch die Gesellschaft.

Helga Albrecht, Präsidentin des Deutschen Hebammenverbandes (BHD) e.V.

## Igl-Gutachten

### Es geht um die künftige Stellung der Pflegeberufe

— Der DPR hat den Kieler Rechtswissenschaftler Prof. Dr. jur. Gerd Igl mit einem Rechtsgutachten beauftragt, in dem Voraussetzungen und Anforderungen an die rechtliche Regulierung der Pflegeberufe und ihre Tätigkeit ermittelt werden. Die Anforderungen an die Pflegeberufe und deren Situation haben sich seit Inkrafttreten der Pflegeversicherung 1995 und durch die Kompetenzentwicklung im Rahmen verschiedener Studiengänge stark verändert. Nach Ansicht des Pflegerates wird das Gutachten die fachliche und politische Diskussion um die Weiterentwicklung der Pflegeberufe mit den Schwerpunkten Selbstverwaltung, vorbehaltenen Aufgaben und Ausübung der Heilkunde intensivieren und die dafür notwendigen rechtlichen Argumente liefern. Das Gutachten ist ab September erhältlich. Interessenten erhalten den Bestellschein für ein Exemplar über die DPR-Geschäftsstelle.

[www.deutscher-pflegerat.de](http://www.deutscher-pflegerat.de)

## DPR-Termin

### Veranstaltung zum Igl-Gutachten in Berlin

— Veranstaltung zum Thema „Veränderungsbedarf und rechtliche Grundlagen zu einer Neuordnung der Rolle der Pflegeberufe in Gesundheits- und Sozialsystem“ am 16. Oktober 2008 in Berlin, Beginn: 10:30 Uhr. Mit Vorträgen von Marie-Luise Müller, DPR, Prof. Dr. Gerd Igl, Universität Kiel, Dr. Matthias Offermanns, Deutsches Krankenhaus-Institut, und Dr. Andreas Büscher, Universität Bielefeld

**Anmeldung & Informationen:** Deutscher Pflegerat (DPR), Geschäftsstelle, Salzstraße 6, 10587 Berlin, Tel.: 030/21915757, Fax: 030/21915777, [www.deutscher-pflegerat.de](http://www.deutscher-pflegerat.de)

## Eindringlicher Appell Rettet die Pflege!

**Vielen Kliniken steht das Wasser bis zum Hals. Zu spüren bekommt das vor allem die Pflege. Nach Angaben des Deutschen Pflegerates (DPR) sind allein in den vergangenen zehn Jahren mehr als 50.000 Pflegestellen in Krankenhäusern gestrichen worden. Jetzt endlich, nach beharrlichen Protesten der Berufsverbände und vieler Pflegekräfte, erkennt die Politik die Not der Häuser an und verspricht Entlastung. Der Pflegerat begrüßt dies – und fordert die Politik auf, ihren Ankündigungen auch Taten folgen zu lassen.**

➤ Im vergangenen Juni hat sich in Berlin ein „Aktionsbündnis – Rettung der Krankenhäuser“ gegründet, dem auch der Pflegerat angehört. Eine Gruppe verschiedener Organisationen mit ansonsten unterschiedlichen Interessen hat sich in dem Bündnis zusammengefunden, um gegenüber Politik und Gesellschaft die Finanznot der Krankenhäuser deutlich zu machen. Vorher schon hatten die Oppositionsparteien im Bundestag mehrere Anträge zur Verbesserung der Finanzsituation in den Kliniken gestellt. Bei der Anhörung im Bundestag haben viele Sachverständige anerkannt, dass vor allem in der Pflege großer Handlungsbedarf besteht oder – wenn nicht mehr Geld fließt – Schlimmes zu befürchten ist. Davon sind inzwischen sogar jene überzeugt, die bis vor kurzem noch Pflegepersonal abgebaut haben.

### Plötzliche Renaissance

Die kontinuierlichen Alarmmeldungen des Pflegerates und seiner Berufs- und Interessensverbände sowie weiterer Fachverbände und nicht zuletzt der Pflegenden selbst haben ein Umdenken bewirkt – vor allem bei der Politik. Früher hieß es, die Kliniken hätten noch genug finanzielle Reserven, um die Personalknappheit im Pflegebereich zu beseitigen. Jetzt hat Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) angekündigt, in den nächsten drei Jahren 21.000 neue Pflegestellen

» Vielleicht wäre es gar nicht so tragisch, wenn wir irgendwann einmal weniger Geld für Medikamente und mehr für Pflegepersonal ausgeben würden.

in den Krankenhäusern schaffen zu wollen. Sie will das dafür notwendige Geld nicht nach dem „Gießkannenprinzip“ verteilen, sondern sicherstellen, dass die Mittel tatsächlich für neue Pflegestellen verwandt werden. Neues Personal zu finden, das dürfte in manchen Regionen kein leichtes Unterfangen sein. Angesichts des immer stärker sichtbar werdenden Personalmangels in der Pflege wird sich mancher Krankenhausträger schwer tun, gut qualifiziertes Pflegepersonal zu finden. Zu lange mussten Pflegekräfte unter maximalem Leistungsdruck mit immer weniger Fachkräften klar kommen. Mancher hat das Handtuch bereits geworfen oder ist ausgebrannt. Deshalb sollte sich die Gesundheitsministerin nicht zu viel Zeit lassen für ihre Pflegepersonal-Transfusion.

### „Pflegegipfel“ im Herbst

Neben der Personalausstattung – und da ist mit 21.000 Stellen noch nicht das

Problem gelöst – hat Frau Schmidt auf dem vergangenen Hauptstadtkongress im Juni einen „Pflegegipfel“ angekündigt. Dieser soll in diesem Herbst stattfinden. Der Pflegerat erwartet, dass bei diesem Gipfel die Weichen für die Zukunft der Pflegeberufe gestellt werden. Der Pflegerat wird mit konkreten Vorschlägen und Erwartungen in die Gespräche gehen. Das Spektrum der Probleme ist groß – dabei kann und darf nicht nur ein Versorgungssektor in den Fokus genommen werden.

### Neuzuschnitt der Aufgaben

Angesichts des demografischen Wandels geht es um nicht weniger als die Sicherstellung der gesundheitlich-pflegerischen Versorgung der Menschen in Deutschland. Die Wirtschaft beklagt heute den Mangel an IT-Experten, Ingenieuren und Handwerkern. Beim

Mangel an Pflegekräften und der Frage, wie man Menschen für die Pflegeberufe gewinnt, denkt die Politik bisher eher an Langzeitarbeitslose oder Jugendliche ohne Hauptschulabschluss. Hier muss in den Köpfen eine 180°-Drehung erfolgen. Wir brauchen nicht nur quantitativ (Hände und Füße), wir brauchen vor allem qualitativ (also Köpfe) mehr Pflegefachkräfte. Hier muss in die Ausbildung investiert werden – etwa durch Ausbau der Hochschulausbildung. Hier muss in der Praxis die Pflege endlich die Möglichkeit erhalten, ihre beruflich erworbene Expertise eigenverantwortlich einzubringen. Hier muss mit allen anderen Beteiligten über den Neuzuschnitt von Aufgaben und Kompetenzen geredet werden. Und natürlich müssen die Ressourcen dafür da sein. Denn sonst führen wir zwar „Primary Nursing“

ein, aber wenn pro Station nur eine Pflegefachkraft pro Schicht arbeitet, ist sie zwar die „Primary Nurse“, aber das Konzept wurde irgendwie missverstanden.

### Es ist noch viel zu tun

Was grundsätzlich aussteht, ist eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über den Ressourcenverbrauch im Gesundheits- und Sozialsystem. Zu klären ist die Frage: Wie viel sind wir bereit, in Gesundheit und Pflege zu investieren?

Diskutiert wurde bislang auch nicht ausreichend darüber, ob die bereit gestellten Mittel richtig eingesetzt werden. Vielleicht wäre es ja gar nicht so tragisch, wenn wir irgendwann einmal weniger Geld für Medikamente und dafür mehr für qualifiziertes Pflegepersonal ausgeben. ■



Kliniken auf dem Krankenbett: Demonstranten in Plön Anfang Juli

### — Pauschale für mehr Pflegepersonal

Die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) hat bei ihrer Sondersitzung Anfang Juli im schleswig-holsteinischen Plön beschlossen, eine zusätzliche Pauschale zur Stärkung der Pflege einzuführen. Damit unterstützt die GMK die Ankündigung von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD), den überschießenden Abbau an Planstellen in der Pflege in den vergangenen Jahren aufzufangen. „Wir begrüßen dies außerordentlich und erwarten nun rasch eine Umsetzung der Ankündigung. Die Pflegefachkräfte in den Kliniken können nicht länger warten“, erklärte Marie-Luise Müller, Präsidentin des Pflegerates (DPR). Allerdings seien die Beschlüsse von Plön nur ein erster Baustein in der Weiterentwicklung der Pflegeberufe. „Wer die Patientenversorgung von morgen sicherstellen will, muss heute auch und vor allem in die professionelle Pflege investieren“, so Müller. „Beim geplanten Pflegegipfel im Herbst besteht Gelegenheit, hierzu qualifizierte Beiträge zu erarbeiten.“ Bei den Gesprächen müsse es aber auch um die Frage gehen, wie die Pflege in der ambulanten Versorgung und in den Pflegeheimen gestärkt werden kann. Erwartungsgemäß hat sich die GMK nicht auf eine Neuregelung der Krankenhausinvestitionskosten geeinigt. Der Wegfall des Sanierungsbeitrages von 0,5% ab 2009 sei angesichts dessen ein Tropfen auf den heißen Stein, so die Einschätzung des Pflegerates. „Damit sind die wirtschaftliche Zukunft der Krankenhäuser und damit Arbeitsplätze gefährdet, aber vor allem eine qualitativ hoch stehende und flächendeckende Versorgung nicht gewährleistet.“

## Pflegerat im Profil

### Anbieterverband qualitätsorientierter Pflegeeinrichtungen e.V.

Der Anbieterverband qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen e.V. (AVG) ist seit seiner Gründung im Sommer 2001 die stärkste Berufsstandsvertretung privater ambulanter Pflegeeinrichtungen im Land Berlin. Ein wichtiges Anliegen sieht der AVG in der Schaffung besserer Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter in der ambulanten Pflege. Die Qualität von Pflegeleistungen ist ein weiteres wichtiges Ziel. „Die Pflegeanbieter, die sich im AVG engagieren, fühlen sich dem Primat erstklassiger Qualität verpflichtet“, betont Vorstandsmitglied Thomas Meißner. Nur wer diese Qualität erbringen und nach außen transparent mache, „kann am Pflegemarkt bestehen“. Ein Meilenstein ist die im Jahr 2003 initiierte „AVG-Qualitätsanalyse“. Mit diesem Instrument, das verpflichtend für die Mitglieder des AVG ist, sollen mögliche Versorgungsdefizite aufgespürt werden. Die Analyse umfasst insgesamt 29 qualitätsrelevante Themenbereiche und zwei Fragebögen, an denen der Ist-Stand ambulanter Pflegedienste festgestellt wird. Dabei werden zunächst Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität überprüft, anschließend findet eine Analyse der Ergebnisqualität beim Klienten statt. „Wir haben damit, ohne Druck von außen, einen praktikablen Weg hin zu mehr Pflegequalität beschritten“, so Meißner. Seit 1. Juli ist der AVG Mitglied im Deutschen Pflegerat.

■ [www.avg-ev.com](http://www.avg-ev.com)

## Impressum

**Herausgeber:** Deutscher Pflegerat (DPR) – Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen, Salzufer 6, 10587 Berlin („Haus der Gesundheitsberufe“), Tel.: 030 21915757, Fax: 030 21915777, [www.deutscher-pflegerat.de](http://www.deutscher-pflegerat.de)

**Redaktion:** Thomas Hommel; „PflegePositionen“ ist eine regelmäßige Teil-Beilage in **Heilberufe** – Das Pflegemagazin  
Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler (verantwortlich), Ehrenbergstr. 11–14, 10245 Berlin, Tel.: 030 2045600  
Fax: 030 20456012, [www.heilberufe-online.de](http://www.heilberufe-online.de)

**Verlag:** Urban & Vogel GmbH, Neumärker Str. 43, 81673 München, Tel.: 089 43721300, Fax: 089 43721399, [www.urban-vogel.de](http://www.urban-vogel.de)



## Auszeichnung für Oberin Ute Herbst Pflege braucht Engagement

**Seit fast 50 Jahren engagiert sich Ute Herbst (68) in der Pflege. Die gelernte Krankenschwester hat mehrere Bildungseinrichtungen für Pflegeberufe geleitet und stand viele Jahre der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schwesternverbände (ADS) vor. Als sich im Sommer 1998 der Pflegerat konstituierte, wurde sie für 15 Monate an dessen Spitze gewählt. Seit 2004 ist sie Vorsitzende der Oberinnenvereinigung im DRK. Für ihr langjähriges Engagement wurde Frau Herbst vom Pflegerat im Juni mit dem „Deutschen Pflegepreis“ ausgezeichnet.**

Früher, erinnert sich Ute Herbst, meinten andere Interessensverbände – Ärztekammern und Krankenhausgesellschaften –, sie könnten für die Pflege sprechen. Heute läuft das nicht mehr so ab. „Geht es um unsere Belange, dann melden wir uns selber zu Wort.“ Und weil man besser Gehör findet im „Haifischbecken Gesundheitswesen“, wenn man mit einer Stimme spricht, gründeten fünf Berufsorganisationen der Pflege 1998 den Pflegerat. „Die Berufsorganisationen bewiesen, dass sie konsensfähig sind und gemeinsam im gesundheitspolitischen Konzert mitwirken wollen.“

Mit einer Stimme für die Pflege – das war nicht immer selbstverständlich. Es gab und gibt viele Verbände und Organisationen. Fachkrankenpflege und Altenpflege haben einen, die ambulante Pflege, die Kinderkrankenpflege und das Pflegemanagement ebenfalls. „Im Pflegerat werden all diese spezifischen Interessen zu einer Stimme gebündelt“, sagt Ute Herbst. Mit einer Stimme sprechen – das hat mehr Wirkung auf Politiker, Ärzte, Klinikmana-

ger. Der Pflegerat habe sich zu einer „festen Größe“ im Gesundheitswesen entwickelt, sagt Ute Herbst. 15 Berufsverbände und -organisationen sind mittlerweile Mitglied. Und der Tisch, an dem die jeweiligen Vertreter Platz nehmen, um Beschlüsse zu fassen, wird von Jahr zu Jahr größer. Ein Problem aber besteht weiter: Lediglich 10% der rund 1,2 Millionen beruflich Pflegenden in Deutschland engagieren sich in einem Berufsverband. „Viele Pflegenden“, vermutet Ute Herbst, „sind mit ihrer täglichen Arbeit so ausgeschöpft, dass nur wenig Energie bleibt, sich darüber hinaus berufspolitisch zu engagieren.“ Ein Dilemma. Denn die Bedingungen vor Ort werden nicht leichter. „Ändern lässt sich das aber nur, wenn möglichst viele Pflegekräfte ihre Stimme erheben und sich einmischen.“ Umgekehrt müssten die Verbände noch stärker als bisher auf die Basis zugehen und diese dazu motivieren, sich in Fachzeitschriften zu informieren und in Verbänden mitzuarbeiten. „Pflege braucht das Engagement derer, die für diesen Beruf eintreten.“